

## 10 Punkte für Europa

### Thesenpapier für den CDU-Bezirksparteitag

*Entwurf des Bezirksfachausschusses Europa (Vorsitzender: Dr. Andreas Schwab MdEP)*

#### **1. „Brexit“ muss zu mehr CDU-Politik für Europa führen.**

Die Entscheidung Großbritanniens, die Europäische Union zu verlassen, ist ein Einschnitt für die Europäische Union. Ein großes und langjähriges Mitglied hat sich dazu entschieden, den gemeinsamen Weg in der EU nicht weiter mitgehen zu wollen. Diese Entscheidung muss ein Weckruf sein, darüber nachzudenken, wie wir Europa gestalten wollen und wie sich die EU weiterentwickeln muss. Es geht dabei nicht um einfache und reflexartige Rufe nach „mehr Europa“ auf der einen Seite, aber genauso wenig um „mehr in den Mitgliedstaaten“ und „weniger Europa“. Wir wollen eine Antwort darauf geben, wie wir uns die Zukunft Europas vorstellen. Denn es geht darum, Europa „besser“ bzw. „funktionsfähiger“ zu machen. Werte, für die wir als Christdemokraten schon immer standen, von Subsidiarität, Solidarität und Solidität sind uns dabei Richtschnur. Darum muss die Antwort auf die britische Entscheidung zuallererst lauten, wieder eine stärker CDU-geprägte Politik in Europa durchzusetzen.

#### **2. Die sorgsame Anwendung gemeinsamer Regeln muss wieder eine stärkere Bedeutung erlangen**

Das gemeinsame Europäische Recht ist in dafür vorgesehenen Verfahren beschlossen worden, es muss Geltung beanspruchen – und wir müssen es zur Durchsetzung bringen. Entscheidungen dürfen nicht beliebig getroffen werden. Die größte Stärke der Europäischen Union gegenüber allen anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsräumen der Welt war seit jeher die Herrschaft des Rechts. Da, wo dieser Grundsatz verletzt wurde, müssen wir zu ihm zurückkehren. Die Entscheidungen der Europäischen Kommission, den Stabilitäts- und Wachstumspakt anzuwenden, dürfen nicht weiter nach Belieben und politischen Erwägungen getroffen werden. Entscheidungen nicht nach Belieben zu treffen bedeutet gleichzeitig, dass jede Ebene das und nur das entscheidet, wofür sie auch zuständig ist. Während der Grundsatz der Subsidiarität dabei bedeutet, dass sich Europa um die großen Fragen kümmert, bei denen die Nationalstaaten selbst überfordert sind, bedeutet er im Umkehrschluss auch, dass für diese Fragen dann auch Europa zuständig sein muss. Dass hier der Grundsatz der Subsidiarität und geltendes Recht zu oft verletzt wird, zeigt sich beispielhaft an der Verschiebung der Verantwortung über die Ratifizierung des CETA-Handelsabkommens. Obwohl dafür eindeutig die Europäische Ebene zuständig ist, haben die Mitgliedstaaten dafür gesorgt, dass die Entscheidung darüber rechtswidrig an die Mitgliedstaaten weitergereicht wurde. Ähnliches gilt für die Auslegung des

38 Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Gleichzeitig gilt es aber auch zu vermeiden, dass  
39 schwierige politische Entscheidungen der Kommission überlassen werden und sich die  
40 Mitgliedstaaten mit kritischen Kommentaren überbieten.

41

### 42 **3. Auch die Mitgliedstaaten haben eine Verantwortung dafür, dass Europa** 43 **vorankommt**

44 Gelingt es auf Ebene der Europäischen Union nicht, dort, wo mehr gemeinschaftliches  
45 Engagement nötig ist, die Mitgliedstaaten zusammen bringen, wird kein Weg daran vorbei  
46 führen, dass die Mitgliedstaaten stärker selbst das Heft in die Hand nehmen. Ein Beispiel  
47 dafür ist der vorgesehene Umverteilungsschlüssel für die vielen Flüchtlinge. Zwar ist auf  
48 Vorschlag der Kommission vom Europäischen Parlament und dem Rat mit  
49 Mehrheitsentscheidung die Umverteilung von 160.000 Menschen beschlossen worden.  
50 Wenn dieser Weg aber von den osteuropäischen Mitgliedstaaten nicht mitgetragen wird,  
51 muss die Frage, ob nicht die willigen Staaten dennoch vorangehen, neu erörtert werden.

52

### 53 **4. Eine *politische* Kommission kann nicht EU-Regierung und Hüterin der Verträge** 54 **gleichzeitig sein**

55 Wir haben den Europawahlkampf 2014 ausdrücklich mit dem Ziel geführt, auch über die  
56 Persönlichkeit des Spitzenkandidaten abzustimmen. Wir begrüßen daher die nunmehr  
57 noch stärkere „politische“ Rolle der Europäischen Kommission. Für uns ist das ein Beitrag,  
58 der die gemeinsamen Herausforderungen, vor denen Europa steht, für die Bürger  
59 verständlicher macht. Eine politische Kommission kann jedoch nicht gleichzeitig  
60 vollumfänglich als Hüterin der Verträge agieren, ohne in einen Zielkonflikt zwischen den  
61 akuten politischen Herausforderungen und dem Grundsatz der Herrschaft des Rechts zu  
62 geraten. Viel zu oft hat dies in der Vergangenheit dazu geführt, dass das Etikett „politisch“  
63 tatsächlich die Beliebigkeit von Entscheidungen begründen sollte. Daher sprechen wir uns  
64 für eine dezidiert politische Kommission aus und fordern gleichzeitig eine Auslagerung der  
65 Kompetenzen im Bereich der Wettbewerbspolitik und des Stabilitäts- und  
66 Wachstumspaktes in eine dezidiert unpolitische Institution, nach dem Vorbild des  
67 deutschen Bundeskartellamtes.

68

### 69 **5. Die Grundfesten der EU sind Binnenmarkt und Währungsunion**

70 Der gemeinsame Binnenmarkt stellt nach wie vor das grundlegende und erfolgreichste  
71 Gemeinschaftsprojekt der Europäischen Union dar. Und auch die Europäische  
72 Währungsunion ist, bei allen Schwierigkeiten der letzten Jahre, ein Erfolgsprojekt für  
73 Deutschland und Europa. Daher gilt es, die wirtschaftliche Einigung als Grundpfeiler der  
74 Europäischen Union auch heute weiter zu stärken. Dies beginnt mit der Vollendung des  
75 Binnenmarkts, insbesondere im Bereich der Dienstleistungen, und setzt sich in einer

76 Währungsunion, die zur Stabilitätsunion werden muss, fort. Wir bekräftigen daher unsere  
77 Forderung einer regelbasierten europäischen Wirtschaftsverfassung als Gegenentwurf zu  
78 einer zentralistischen Wirtschaftsregierung, deren klare Grundsätze, geprägt von Stabilität  
79 und Verantwortung, Anwendungen finden müssen.

80

## 81 **6. Wirtschaftsunion weiterentwickeln: Freihandel stärken**

82 Das Erfolgsmodell einer Wirtschaftsunion hat heute nicht an Gültigkeit verloren. Das  
83 Gegenteil ist der Fall: in einer immer stärker globalisierten Wirtschaft und Gesellschaft  
84 profitieren wir davon, unsere gemeinsamen Interessen als Europäer zu vertreten und  
85 global gemeinsam aufzutreten. Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA  
86 stellen eine Möglichkeit dar, das ökonomische Weltgeschehen nach unseren europäischen  
87 Werten zu prägen. TTIP und CETA sind daher nicht nur wirtschaftlich für Deutschland und  
88 Europa ein Gewinn, sondern auch ein Teil unseres christdemokratischen Auftrages, in der  
89 Welt Verantwortung zu übernehmen.

90

## 91 **7. Europa ist ein guter Nachbar. Aber es muss einen Unterschied zwischen** 92 **Nachbarn und Mitgliedern geben**

93 Wir wollen gute und beidseitig vorteilhafte Beziehungen mit unseren Nachbarn, die nicht  
94 Teil der EU sind, führen. Dies zeigt sich beispielhaft seit Jahren an der Zusammenarbeit  
95 mit der Schweiz. Wir wollen daher auch weiterhin mit unseren europäischen Freunden, die  
96 nicht Teil der EU sind, diese Zusammenarbeit pflegen und weiterentwickeln. Klar ist aber  
97 auch, dass für unsere Nachbarn keine anderen oder gar besseren Bedingungen gelten  
98 können, als für die Mitglieder der EU. Die Grundsätze des Binnenmarktes mit seinen vier  
99 Grundfreiheiten sind daher für uns unantastbar. Rosinenpickerei darf es nicht geben.  
100 Dieser Grundsatz gilt für die Beziehungen mit der Schweiz ebenso wie für die nun  
101 beginnenden Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich. Denn nur so werden die  
102 Vorteile, Teil einer starken Europäischen Union zu sein, sichtbar und spürbar. Unser  
103 gemeinsames Interesse ist es, die Sichtbarkeit der Vorteile, Teil der EU zu sein, künftig zu  
104 stärken.

105 Wir als CDU haben schon in den neunziger Jahren gegen eine Mitgliedschaft der Türkei in  
106 der EU plädiert: Nicht, weil das Land muslimisch geprägt ist – auch in Deutschland leben  
107 Christen und Muslime seit Jahren friedlich und respektvoll zusammen. Wir haben schon  
108 damals an das unterschiedliche geostrategische Umfeld erinnert und daran, dass die  
109 Türkei als Mitglied der EU schlicht zu groß wäre, sich in diese supranationale Union  
110 einzugliedern. Gerade jetzt, wo die Türkei ihren mühsam begonnenen Anpassungsprozess  
111 an die Werte der EU (Acquis) aufgibt, müssen wir uns diese Fragen wieder neu und ehrlich  
112 stellen.

113

114 **8. Die Ereignisse der letzten Jahre zeigen: Europa muss auch bei der**  
115 **Sicherheitspolitik enger zusammenrücken**

116 Europa hat eine globale Verantwortung. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass globale  
117 sicherheitspolitische Krisen zunehmend auch in Europa ankommen. Die  
118 Flüchtlingsbewegungen sind nur ein Beispiel dafür. Und auch die zunehmende  
119 terroristische Bedrohung zeigt, dass wir uns nicht vom übrigen Weltgeschehen abschotten  
120 können. Daher wird ein gemeinsamer Ansatz der europäischen Sicherheits- und  
121 Verteidigungspolitik immer wichtiger werden. Dies beginnt mit einer besseren  
122 Koordination der nationalen Sicherheitsbehörden. Und auch gemeinsame  
123 verteidigungspolitische Projekte, die über gemeinsame Beschaffungspolitik hinausgehen,  
124 wie etwa das Eurokorps, werden künftig eine wichtigere Rolle spielen müssen.

125

126 **9. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Europa: diese müssen wir auch**  
127 **wahrnehmen**

128 Viel zu oft wurde in den letzten Jahren die europäische Ebene für Verfehlungen auf  
129 nationaler Ebene oder Länderebene verantwortlich gemacht. Wir müssen daher, auch  
130 innerhalb der CDU, zu einer ehrlichen Diskussion über Europa kommen. Das bedeutet:  
131 Probleme und Fehler auf der europäischen Ebene klar ansprechen. Das bedeutet aber auch,  
132 Ebenen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gemeinsam für Europa einzustehen.

133

134 **10. Die CDU Südbaden steht zu Europa, denn wir stehen für Europa.**

135 Die CDU Südbaden steht zu Europa, denn die CDU steht wie keine andere Partei für  
136 Europa. Wir stehen nicht aus Ideologie zu Europa, sondern aus einem schlichten und doch  
137 starken Grund: aus Verantwortung. Aus Verantwortung für zurückliegende Generationen,  
138 die nicht das Glück hatten, in einem vereinten Europa in Frieden zu leben, vor allem aber  
139 aus Verantwortung für künftige Generationen, denen wir ein Europa hinterlassen wollen,  
140 dass wirtschaftlich und politisch in einer unübersichtlicher werdenden Welt Sicherheit  
141 bietet. Dafür arbeiten wir auch weiterhin.